
Sabine Kittel

Die unterwanderte Universität?

Die Westfälische Wilhelms-Universität Münster im Fokus
der Staatssicherheit der DDR in den 1970er und 1980er Jahren

Die Forschung über die „Stasi im Westen“ beschäftigte sich in den ersten Jahren der deutsch-deutschen Vereinigung besonders intensiv mit der Anzahl der „hauptamtlichen Mitarbeiter“ oder der „West-Spione“ des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (MfS). Stasiforscher Hubertus Knabe ging beispielsweise in seiner 2001 erschienenen Publikation „Die unterwanderte Republik“ davon aus, dass 20.000 bis 30.000 „West-IM“ (inoffizielle Mitarbeiter) eine tiefgreifende Durchsetzung der Bundesrepublik ermöglicht hätten.¹ Es wurden Zahlen und Informationen aus dem Stasi-Archiv ermittelt, Hochrechnungen aus Personallisten erstellt oder Selbstbeschreibungen der Staatssicherheit zum Zwecke qualitativer Aussagen zitiert – eine Praxis, die meist von leidenschaftlich geführten geschichtspolitischen Debatten zur DDR-Vergangenheit begleitet war.² Inzwischen greifen Studien vermehrt alternative Perspektiven und Methoden auf, um differenziertere Erkenntnisse zu erlangen. Ilko-Sascha Kowalczuk beispielsweise versucht, die Aktivitäten der „inoffiziellen Mitarbeiter“ (IM) im normativen Rahmen der Staatssicherheit zu betrachten;³ Jens Gieseke und Andrea Bahr verzichten in ihrer Untersuchung über „Die Staatssicherheit und die Grünen“ auf den als problematisch betrachteten Begriff des „IM“, um die Per-

1 Hubertus Knabe, *Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen*, München 2001, S. 10. Ilko-Sascha Kowalczuk setzte die Zahl der „West-IM“ deutlich niedriger an, für das Jahr 1989 schätzte er 500 „West-IM“. Siehe ders., *Stasi konkret. Überwachung und Repression in der DDR*, München 2013, S. 247–263.

2 Siehe Ulrich Mählert, *Totgesagte leben länger. Oder: Konjunkturen der DDR-Forschung vor und nach 1989*, in: ders. (Hg.), *Die DDR als Chance. Neue Perspektiven auf ein altes Thema*, Berlin 2016, S. 9–21.

3 Kowalczuk, *Stasi konkret* (wie Anm. 1), S. 215.

spektive des MfS nicht fortzuschreiben.⁴ In der soziologischen Untersuchung von Uwe Krähnke u.a. werden hauptamtliche Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit beispielsweise als soziale Gruppe betrachtet und über biographische Beobachtungen die „Banalität der Stasi“ ins Blickfeld genommen.⁵

Einer nach Differenzierung strebenden Zugangsweise wird auch in diesem Beitrag nachgegangen, der das Wirken der Staatssicherheit an Westuniversitäten am Beispiel der Westfälischen Wilhelms-Universität (WWU) Münster untersucht. Wie Forschungen andeuten, gelang es dem MfS und der für die Auslandsspionage zuständigen Dienstseinheit Hauptverwaltung Aufklärung (HV A) häufig, durch Informanten sowie durch Informationsabschöpfung vielseitige Einblicke in den universitären Alltag zu erhalten.⁶ Tatsächlich konnten in den 1970er Jahren an verschiedenen Universitäten erfolgreich Studenten und Studentinnen angeworben werden, die in späteren Jahren relevante Positionen in der Politik, Verwaltung oder Wirtschaft innehatten.⁷ Die Hintergründe, Erträge, aber auch Hindernisse dieser „Spionage im Westen“ werden auf den folgenden Seiten anhand von zwei Fallbeispielen tiefergehend ausgeleuchtet.⁸

Die Universität Münster wurde einer MfS-Quelle aus den 1980er Jahren zufolge als „Kaderschmiede des Kap.[italismus]“ betrachtet.⁹ Bei dem Dokument handelt es sich um einen Aufgabenplan der Auslandsspionageabteilung XV der Bezirksverwaltung Leipzig, der die „Hauptaufgaben“ des DDR-Auslandsge-

4 Jens Gieseke/Andrea Bahr, *Die Staatssicherheit und die Grünen. Zwischen SED-Westpolitik und Ost-West-Kontakten*, Berlin 2016, S. 20f.

5 Uwe Krähnke/Matthias Finster/Philipp Reimann/Anja Zschirpe, *Im Dienst der Staatssicherheit. Eine soziologische Studie über die hauptamtlichen Mitarbeiter des DDR-Geheimdienstes*, Frankfurt a.M. 2017.

6 Hubertus Knabe rechnet hoch, dass im Jahr 1975 „wahrscheinlich über 170 IM“ an 162 Hochschulen und Universitäten aktiv waren. Siehe ders., *Die unterwanderte Republik* (wie Anm. 1), S. 360.

7 Gabriele Gast als eine der bekanntesten Fälle war etwa später beim BND tätig. Ihre Spionagetätigkeit wurde Mitte der 1990er Jahre entdeckt. Ihre Geschichte hat sie in einer Autobiografie ausführlich aufbereitet. Siehe dies., *Kundschafterin des Friedens. 17 Jahre Topspionin der DDR beim BND*, Berlin 2000. Eine Monografie über die Spionage des MfS an den Universitäten Bremen, Kassel, Kiel und Münster ist in Vorbereitung.

8 Dieser Beitrag entstand im Zusammenhang mit dem Forschungsprojekt „Spionage an der Universität. Wirken und Einfluss des Ministeriums für Staatssicherheit an westdeutschen Universitäten“, das von 2015 bis 2018 an der WWU Münster mit Finanzierung der VolkswagenStiftung durchgeführt wird. Vielen Dank an Alexander Kraus, Wolfsburg, für die kritische Kommentierung des Textes.

9 Die Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen [BStU], MfS, BVfS Leipzig Abt. XV 03238, Dienstbesprechung vom 18.12.1984, Bl. 3.

heimdienstes in Nordrhein-Westfalen zusammenfasste. Im Strategiepapier der Leipziger Abteilung, die schwerpunktmäßig für dieses Bundesland verantwortlich war, sind vermeintliche Spionage-Ziele aufgelistet, etwa Raketenbasen oder der Rüstungskonzern Rheinmetall; Nordrhein-Westfalen erscheint in der Aufzählung besonders auch als Wirtschaftsfaktor und als Regierungsstandort bedeutsam. Warum die Universität in Münster ins Visier genommen wird, geht aus einigen Argumenten innerhalb des Strategiepapiers hervor: „Die Lage diktiert solche Hauptaufgaben der Aufklärung [...]“, heißt es ganz dem ideologisch-geheimdienstlich durchdrungenen Sprachduktus folgend, der das Handeln des MfS als unabdingbar und bedeutsam für die Zukunft der DDR darstellte, denn, so die MfS-Strategen, „[j]e stärker der Sozialismus umso sicherer der Frieden“.¹⁰ Ausgespäht werden müssten daher an den Bildungseinrichtungen der „wissenschaftlich-technische Entwicklungsstand“ der Bundesrepublik sowie alle „Maßnahmen des Wirtschaftskrieges“ gegen die DDR; verhindert werden müsse zudem die politisch-ideologische Diversion – also jene Aktivitäten und Debatten, die sich kritisch mit der DDR auseinandersetzten –, auch „feindliche Maßnahmen“ gegen die DDR sollten genau beobachtet werden.

Auf diese Weise gebündelt, ist das Interesse der SED-Führung, in deren Auftrag das MfS tätig war, am Münsteraner Wissenschaftsbetrieb klar einzuordnen. Und auch die Charakterisierung der WWU als „Kaderschmiede“ ist angesichts der starken wirtschafts- und rechtswissenschaftlichen Fakultäten, der dort erfolgten Ausbildung zukünftiger Leistungsträger und der eher konservativ orientierten Studierendenschaft eine logische Schlussfolgerung. Aber: Wann und wie gelang der Staatssicherheit der Einblick in welche Bereiche der WWU Münster? Wer gab Informationen, wer welche Nachrichten weiter? Und welchen Wert hatten diese Informationen für das MfS und die SED? Wie tief war die Staatssicherheit in die Universität eingedrungen? Wie zu zeigen sein wird, lassen sich diese und weitere Fragen am besten im Kontext konkreter Aktionsbereiche und -orte der Staatssicherheit sowie anhand von realen Fällen bearbeiten. Wichtigste Grundlage der Untersuchung sind hierbei die Akten aus dem Stasi-Archiv, die in der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU) zugänglich sind. Der Quellenbestand eröffnet einen exklusiven Einblick in die damalige Geheimdienstwelt; die gewonnenen Informationen müssen freilich mit Vorbehalt betrachtet werden.

10 Diese und folgende Ausführung siehe ebd., Bl. 2.

Die Recherche in der Stasi-Unterlagenbehörde brachte zutage, dass an der Universität Münster bis Mitte der 1980er Jahre wenigstens zwei Universitätsmitarbeiter mit den Decknamen „Park“ und „Thomas“ als „Informanten“ für die Staatssicherheit registriert waren.¹¹ In den Akten steht zudem, dass in diesem Zeitraum mehrere Personen von sogenannten inoffiziellen Mitarbeitern „abgeschöpft“ wurden. Anhand verschiedener Jahresarbeitspläne lässt sich darüber hinaus nachvollziehen, dass die Universität Münster seit Anfang der 1970er Jahre im Blickfeld der Staatssicherheit und der HV A stand und fortwährend beobachtet wurde.¹² MfS-Mitarbeiter verschiedener Dienstseinheiten aktualisierten den Wissensstand über die WWU in unregelmäßigen Abständen; die letzte Monatsmeldung über den Einsatz eines DDR-IM im „Operationsgebiet“, so die Bezeichnung für die Bundesrepublik, wurde im August 1989 protokolliert.¹³

Dass sich derart breit gestreute Informationen zur Universität Münster in der Stasi-Unterlagenbehörde auffinden lassen, kann als Glücksfall bezeichnet werden und ist den Mitgliedern des Leipziger Bürgerkomitees zu verdanken. Diese besetzten am 4. Dezember 1989 das Gebäude der Staatssicherheit und verhinderten durch ihr frühzeitiges Eingreifen eine Aktenvernichtung dieser und weiterer Stasi-Unterlagen in Leipzig.¹⁴ Dennoch fehlen insgesamt fast neunzig Prozent der Bestände der Auslandsspionage. Sie wurden zum Ende der DDR durch die eigenen Mitarbeiter vernichtet.¹⁵ Die verbliebenen Akten und Querüberlieferungen aus anderen Dienstseinheiten lassen dennoch weitgehende Aussagen über MfS-Tätigkeiten an „Westuniversitäten“ zu. Besonders interessant zu lesen sind diesbezüglich die Niederschriften der Spionageabteilung, in denen Planun-

11 Die im Beitrag genannten Namen sind die von der Staatssicherheit verwendeten Decknamen. Zur Wahrung der Persönlichkeitsrechte aller Beteiligten wurden zudem Namen, Daten und Ortsangaben verschleiert.

12 BStU, MfS, HV A Nr. 908, Beschluss zum Anlegen eines Objektvorgangs vom 12.4.1972, Bl. 347. Zwischen 1973 und 1988 wurden regelmäßig Jahresberichte und Statistikbögen angelegt, in denen die Ausspähung der Universität Münster dezidiert geplant und überprüft wurde.

13 BStU, BVfS Leipzig Abt. XV 01091, Monatsmeldung August vom 1.8.1989, Bl. 30.

14 Tobias Hollitzer, „Wir leben jedenfalls von Montag zu Montag“. Zur Auflösung der Staatssicherheit in Leipzig: Erste Erkenntnisse und Schlussfolgerungen, Berlin 1999.

15 Ein Großteil der Unterlagen der HV A, darunter die besonders „interessanten“, wurde mit Zustimmung des „Zentralen Runden Tisches“ im Frühjahr 1990 legal vernichtet. Zuvor hatten Stasi-Mitarbeiter zudem „ihre“ Fallakten entwendet bzw. zerstört. Siehe dazu Hans Schwenke, Stasi – Die Auflösung eines Geheimdienstes. Versuch eines Resümees, in: Informationsdienst Bürgerrechte & Polizei/CILIP 36 (1990), H. 2. Online verfügbar unter <<https://www.cilip.de/1990/10/27/stasi-die-aufloesung-eines-geheimdienstes-versuch-eines-resuemeees/>> (11.6.2018).

gen, Handlungsanweisen und Strategien sowie Schulungen der Mitarbeiter in Bezug auf die „operative Bearbeitung“ der Universitäten und Hochschulen im „Operationsgebiet“ festgelegt wurden.

1. Die Staatssicherheit und Westuniversitäten

Der Titel einer im Juni 1976 durch Markus Wolf, den Leiter der HV A, in Auftrag gegebenen Dissertation „Die politisch-operative Bearbeitung der Hochschulen in der BRD und in Westberlin“ offenbart, wie das Vorhaben der Staatssicherheit an Westuniversitäten konkret angegangen werden sollte.¹⁶ Dem Thema widmeten sich Oberstleutnant Reinhold, Oberstleutnant Hartenstein und Major Elisath, allesamt Mitarbeiter der Staatssicherheit, in Gemeinschaftsarbeit.¹⁷ Zur „Erfüllung der Hauptaufgaben der HV A“, so die Autoren in der Disputation, sei eine „systematische operative Bearbeitung“ der Hochschulen nur konsequent.¹⁸ „Das Potential der Hochschulen war früher, ist heute und wird auch in Zukunft über viele Wege erreicht sein“, fassten die Stasi-Mitarbeiter ihre Analysen zusammen.¹⁹ Die für Außenstehende schwer verständlichen, verklausulierten Ausführungen weisen darauf hin, wie technokratisch und formelhaft die Sprache in diesem Kontext war, ließe sich das „Potential der Hochschulen“ doch ganz simpel als „Universitätsangehörige“ im weiteren Sinne bezeichnen, die vom MfS „früher, heute und auch in Zukunft“ erreicht werden sollten.

Indem die Autoren in der Disputation optimistisch konstatieren, dass das „veränderte Kräfteverhältnis zugunsten des Sozialismus, die wachsende Ausstrahlungskraft des Sozialismus und die zunehmende Labilität des Kapitalismus“ ein positives Klima schafften, um die „unterschiedlichen Aufgaben zu lösen“ und damit die Interessen der DDR im Westen erfolgreich umzusetzen, zeigt sich erneut eine narrative Strategie. Die Erfolgserzählung der DDR zu betonen konnte helfen, mögliche Kritik am bisherigen Vorgehen zu kaschieren.²⁰ Die so-

16 BStU, MfS, JHS/MF/ 151, Schreiben vom 8.6.1977, Bl. 4.

17 Dem Protokoll des Promotionsverfahrens liegen die Lebensläufe der drei Promovenden bei, sie lassen deren Alter (zwischen 42 und 47), ihre einschlägige Expertise im Bereich der Auslandsspionage sowie ihre langjährige Parteizugehörigkeit bestens nachvollziehen; siehe ebd., Bl. 1–53. Der Abgleich weiterer Personalinformationen zeigt auch den späteren Karriereweg der Autoren auf, der sich in einem Falle gar bis zum stellvertretenden Leiter der HV A entwickelte.

18 BStU, MfS, JHS/ 151, Autorenreferat Reinhold, Bl. 14.

19 Ebd., Autorenreferat Elisath, Bl. 22.

20 Ebd., Bl. 22f.

dann folgenden Ausführungen der Autoren fallen konkreter und kritischer aus: „Vom Standpunkt der Feindabwehr“, so der Einwand, seien die Bedingungen trotz positiver Entwicklung wesentlich komplizierter geworden; das Vorgehen der HV A an den Universitäten müsse deshalb deutlich auf die jeweiligen Anforderungen zugeschnitten werden. Denn der bislang durch die Staatssicherheit zur Informationsgewinnung an den Universitäten betriebene Aufwand seit Anfang der 1970er Jahre habe nicht den erhofften Erfolg für die „Aufgabenstellung der SED“ mit sich gebracht. Daher seien „vielfältigere Möglichkeiten für die Erarbeitung von Kenntnissen über die direkten institutionellen und personellen Beziehungen zu Hauptobjekten zu nutzen“.²¹

Die Werbung von Informanten und potenziellen Agenten an Universitäten und Hochschulen der Bundesrepublik und damit das Eindringen in die „Zentren des Feindes“ war in der DDR von Beginn an ein wichtiges Ziel der Staatssicherheit;²² Studierende galten als leicht lenkbar. Die Maßnahmen aus den 1950er Jahren wurden daher in der folgenden Zeit konstant beibehalten. Verschiedene Unterlagen belegen, dass auch die Universität Münster kontinuierlich auf der Beobachtungsliste der SED stand.²³ Die Macht ablösung Walter Ulbrichts durch Erich Honecker im Jahr 1971 brachte dann neben der darauf folgenden Entspannungspolitik zwischen Ost und West auch gewandelte „Gefahrenpotenziale“ mit sich, die in das Ressort der Staatssicherheit fielen. DDR-Bürgerinnen und -Bürger konnten nun ins westliche Ausland reisen und waren damit westlichen Einflüssen ausgesetzt; zudem wurde der internationale Wissenschaftsaustausch gestärkt, was die Gefahren von Beeinflussung und Abweichungspotenzialen in sich barg.²⁴ Die Aufgabenbereiche der Staatssicherheit erweiterten sich damit zunehmend. Die in jener Zeit vom MfS herausgegebene „Dienstanweisung 5/71“ „über die systematische operative Bearbeitung von Universitäten und Hochschulen im Operationsgebiet“²⁵ gilt als die erste dezidierte Zusammenfassung der Aufga-

21 Ebd., Bl. 18.

22 Dienstanweisung Nr. 10/51 „Agentenanwerbung durch Universitäten und Hochschulen in Westdeutschland und Westberlin“ vom 31.5.1951, siehe Knabe, Unterwanderte Republik (wie Anm. 1), S. 523, Anm. 4.

23 Siehe hierzu Martin Mönninghoff, „Hettstedt ruft Münster“. Westarbeit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Bezirk Halle und in Nordrhein-Westfalen (1956–1970), Münster 1998, S. 224.

24 Siehe Jens Niederhut, Wissenschaftsaustausch im Kalten Krieg. Die ostdeutschen Naturwissenschaftler und der Westen, Köln 2007.

25 BStU, MfS, BV Frankfurt (O) BdL 1427, Dienstanweisung 5/71 (Fassung vom 1.8.1974), Bl. 1–6.

benstellung im Bereich der „Westarbeit“.²⁶ „Stabile operative Stützpunkte“, so geht aus der dreiseitigen Dienstanweisung hervor, sollten für eine „laufende Gewinnung von Perspektivagenten und geeigneten Einschleusungskandidaten“ zuständig sein sowie systematisch Informationen „entsprechend der Gesamtaufgabenstellung der HV A“ sammeln.²⁷ In sogenannten Objekt-Vorgängen zu fünfundzwanzig Hochschulen in der Bundesrepublik und West-Berlin sollten jeweils „operativ bedeutsame Materialien, Angaben zum Personalbestand, zur Struktur, zu den politischen Gruppierungen“ zusammengefasst werden.²⁸ Einer jeden Außenstelle der HV A in den Bezirksstellen, waren eine oder mehrere Universitäten zugewiesen.²⁹ Gezielt sollten Hinweise über die dort „wirkenden Kräfte der politisch-ideologischen Diversion, insbesondere auf dem Gebiet der sogenannten DDR- und Ostforschung“ wie auch Forschungsergebnisse auf politischem, ökonomischem, militärtechnischem und naturwissenschaftlichem Gebiet gesammelt werden.

Dass sich die Umsetzung der Dienstanweisung(en) im Alltagsgeschäft allerdings oftmals schwer realisieren ließ, geht aus Dokumenten hervor, die dem „Beschluss zum Anlegen eines Objektvorgangs“ über die Universität Münster aus dem Jahr 1972 beiliegen, der die skizzierte operative Arbeit systematisch und geregelt voranbringen sollte. In einer losen Blattsammlung sind in dieser Akte verschiedenste Informationen über die WWU Münster aus den 1980er Jahren zusammengetragen. Auf der letzten Seite findet sich ein grimmiger handschriftlicher Kommentar aus dem Jahr 1984: „unsere Analyse Münster ist steinalt!“³⁰ Damit endet das ohnehin eher dünn anmutende Dossier über die Studentenstadt.

26 Die Tätigkeit des MfS war durch interne Richtlinien und Dienstanweisungen bestimmt, die grundsätzlich bindend waren; die hierbei zugrunde gelegte Struktur orientierte sich am sowjetischen Vorbild. Siehe Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralsekretariats und des Parteivorstandes. Bd. I, Berlin (DDR) 1952, S. 139ff.

27 BStU, MfS, BV Frankfurt (O) BdL 1427, Dienstanweisung 5/71 (Fassung vom 1.8.1974), Bl. 3.

28 Knabe vermutet eine aktualisierte Liste mit 38 bundesdeutschen Universitäten, die eine Ergänzung dieser ursprünglichen Liste darstellen könnte. Da diese jedoch nicht überliefert ist, bleibt dieser Hinweis im Dunkeln. Siehe Knabe, *Unterwanderte Republik* (wie Anm. 1), S. 525.

29 Die für Nordrhein-Westfalen und die WWU Münster zuständige Abteilung XV lag der Dienstanweisung zufolge in der Bezirksverwaltung Leipzig.

30 BStU, MfS, HV A Nr. 908, Bl. 356.

Nicht zufällig schlug die erwähnte Autorengruppe in ihrer Promotionsarbeit im Jahr 1977 womöglich als Konsequenz der bisher wenig befriedigenden Vorgehensweise vor, stärker im „Operationsgebiet“ selbst aktiv zu werden und noch gezielter die Werbung von „Perspektiv-“ und „Stützpunkt-IM“ an den Hochschulen und Universitäten anzugehen; offenbar genügten Informanten, die lediglich in der Nähe der „feindlichen Zentren“ waren, nicht. Auffällig ist: Während in der „Dienstanweisung 5/71“ „Perspektiv-“ und „Stützpunkt-IM“ eher als Arbeitsbegriffe auftauchen, konkretisierten die Autoren der Dissertation den umfangreichen Aufgabenbereich dieser beiden Personengruppen.³¹ Erstere sollten später als Führungskräfte in Politik und Wirtschaft den Zugriff auf Wissen und Macht ermöglichen; längerfristig könnten so politische Debatten bzw. Entscheidungen im Sinne der sozialistischen Staatengemeinschaft beeinflusst werden. Letztere wiederum würden an den Hochschulen den „perspektivenreichen Personenkreis“ im Blick behalten, sie würden regelmäßig für personellen Nachschub sorgen, ohne dass die Abwehrdienste der Bundesrepublik davon Kenntnis erlangen könnten. Über die Funktion des „Werbers“ hinaus sollten diese Personen auch als Informationsgeber und -vermittler tätig sein.

Als primäres Ziel für die kommenden Jahre formulierten die Autoren: „Leistungsstarke PIM [Perspektiv-IM] auf[zu]klären, ihr richtiges Verhalten unter Nutzung des Hochschulmilieus [zu] garantieren, eine Protektion bereits unter Nutzung der Hochschulzeit auf[zu]bauen, ihre Zuverlässigkeit richtig ein[zu]schätzen.“ Ein solches Aufgabenfeld könne aufgrund seiner „Komplexität nur durch Spezialisten und nicht durch Gelegenheitsarbeit“ abgedeckt werden.³² Die Staatssicherheit müsse daher zügig „geeignete IM für die Stützpunktarbeit“ auswählen und in den unterschiedlichen Kompetenzbereichen ausbilden. Exemplarisch und futuristisch orientiert führten die Autoren sodann eine mustergültig unterwanderte „große Hochschule“ an, „an der wir im Maßstab der HV A 37 IM haben. Von den 37 IM sind 9 als Professoren, 2 als Dozenten, 25 als Studenten und 2 mit sonstigen Berufen ausgewiesen“.³³ Der wesentliche Unterschied zur bisherigen Aufgabenstellung der HV A läge in der gezielteren Suche nach „geeigneten“ Personen und in der gezielteren Ausbildung verschiedener Infor-

31 Die Ausführungen in der Dissertation finden sich in den entsprechenden Schulungsmaterialien zur „Nutzung der Hochschulen des Operationsgebiets zur Gewinnung qualifizierter Perspektiv-IM“, BStU BVfS Frankfurt (O) Bl. 1522 sowie zur „Nutzung der Hochschulen des Operationsgebiets zur Gewinnung qualifizierter Stützpunkt-IM“ BStU, BVfS Frankfurt (O) Bl. 1523 wieder.

32 BStU, MfS, JHS/MF/ 151, Bl. 26.

33 Ebd., Bl. 27.

manten-Typen. Wie in den MfS-Unterlagen der folgenden Jahre nachzulesen ist, scheinen sich die Mitarbeiter der Staatssicherheit an diesem Bemühen fortan abgearbeitet zu haben.

Welche Universität dem oben genannten Zahlenspiel als Beispiel diene, bleibt unklar; falls das Beispiel nicht fingiert war, kann davon ausgegangen werden, dass die hohe Anzahl an Stasi-Mitarbeitern wohl eher einmalig war. Die in der Darstellung der Autoren in derartiger Menge zur Verfügung stehenden „Informanten“ aus verschiedensten Berufsgruppen sollten seinerzeit wohl die Vision einer tiefgreifenden Unterwanderung der akademischen, wissenschaftlichen und politischen Welt veranschaulichen. Mit heutiger Kenntnis erscheint diese Ballung an Informanten mit unterschiedlichsten Aufgabenbereichen jedoch als utopisch. Ebenso unwirklich mutet die gesellschaftspolitische Prognose der Autorengruppe an, der Sozialismus werde zunehmend als Alternative zum kapitalistischen System wahrgenommen. Mag dies auch auf einen Teil der Studierendenschaft zugefallen haben, so war das allgemeine Klima unter den politisch Engagierten doch eher von Debatten unter konkurrierenden „linken“ Gruppierungen sowie deren Abspaltungen geprägt; antiautoritäre Gruppen bekämpften hierarchische Verbände, viele Studierende wandten sich Ende der 1970er Jahre der Friedens- oder der Anti-Atomkraft-Bewegung zu.³⁴ Entsprechend sind die Bewertungen der Autoren eher als Ausdruck des damals opportunen, ideologisch durchdrungenen Sprach- und Argumentationsduktus zu werten und weniger als ernst gemeinte Diagnose der politischen Stimmung in der Bundesrepublik.

2. Die „Gesamtaufgaben“ der Auslandsspionage des MfS

Soweit heute rekonstruierbar, überschritten sich die oben skizzierten zahlenmäßigen Planvorstellungen der HV A und die Realität an den bundesdeutschen Universitäten und Hochschulen an keiner Stelle.³⁵ Damit stellt sich die Frage

34 Siehe Anton Stengl, Zur Geschichte der K-Gruppen. Marxisten-Leninisten in der BRD der Siebziger Jahre, Frankfurt a.M. 2011 sowie Jens Benicke, Von Adorno zu Mao. Über die schlechte Aufhebung der antiautoritären Bewegung, Freiburg 2010.

35 Die im Forschungsprojekt „Spionage an der Universität. Wirken und Einfluss des Ministeriums für Staatssicherheit an westdeutschen Universitäten“ recherchierten Fälle, die sich im Wesentlichen auf die vier Universitäten Bremen, Kassel, Kiel und Münster beziehen, sind im unteren einstelligen Bereich anzusiedeln; eine Monografie über die Spionage an diesen Universitäten ist in Vorbereitung.

nach den tatsächlichen Rahmenbedingungen und selbst formulierten Zielen der Staatssicherheit im Westen umso mehr – und dies explizit jenseits der Werbung immer neuer Informanten. Was waren die „Hauptaufgaben“ bzw. „Gesamtaufgaben der HV A“, auf die das Autorenreferat so selbstverständlich Bezug nimmt? Antworten darauf finden sich in der Ende der 1970er Jahre verfassten „Richtlinie 2/79“, einer internen Vorgabe der Staatssicherheit, in der die Aufgabenbereiche der „Aufklärung“ und Abwehr“ klar genannt sind.³⁶ Verschiedene Unterpunkte der Richtlinie, besonders aber auch die Sprache lassen das Denken und die Eigenlogik des Geheimdienstes aufscheinen, der sich von „Feinden“, die „aufgeklärt“ oder „abgewehrt“ werden mussten, umgeben sah.³⁷

Ziel der Aufklärung sei es, so heißt es in der Richtlinie, „die Sicherheit und die Interessen der DDR [...] gefährdende und beeinträchtigende Pläne, Absichten, Agenturen, Mittel und Methoden des Feindes rechtzeitig und zuverlässig aufzuklären und Überraschungen [...] zu verhindern“.³⁸ Die Auflistung der Ziele – politische, Wirtschafts-, Militär- und Technologiespionage im „feindlichen Ausland“, Aufklärung und Ausschalten mutmaßlicher politisch-ideologischer Kritik an der DDR, Unterstützung und Beeinflussung der Opposition in der Bundesrepublik zur Propagierung des Sozialismus – belegt, dass Universitäten der Bundesrepublik als Einsatzorte für die Erfüllung dieser „Hauptaufgaben“ geeignet waren.

Inwiefern „Park“ und „Thomas“ an der Universität Münster diese Planvorgaben umzusetzen vermochten, zeigt die folgende Analyse der beiden Personenakten aus dem Stasi-Archiv. Da es mir möglich war, Beteiligte und Betroffene der damaligen Vorgänge zu interviewen, werden auch diese Aussagen hinzugezogen.

Doch beide Quellentypen sind nicht unbedenklich: Die Protokolle, Berichte, Pläne und (Personen-)Einschätzungen, die sich im Archiv der Stasi-Unterlagenbehörde befinden, entstanden im Kontext einer besonderen Geheimdienstwelt,

36 Richtlinien wurden durch den Minister in Kraft gesetzt und nur intern und mündlich vermittelt. Sie wurden im Anschluss häufig schriftlich kommentiert und verschiedentlich überarbeitet. Siehe Heribert Schwan/Helgard Heindrichs, *Das Spinnennetz. Stasi-Agenten im Westen: Die geheimen Akten der Rosenholz-Datei*, München 2005, S. 18 sowie Helmut Müller-Enbergs (Hg.), *Inoffizielle Mitarbeiter des MfS, Teil 2: Anleitungen für die Arbeit mit Agenten, Kundschaftern und Spionen in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin 1998, S. 19.

37 Abschrift der Richtlinie 2/79 „Hauptaufgaben und Hauptmethoden der operativen Arbeit der Dienstseinheiten der Aufklärung des MfS“ vom 8.12.1979, in: Müller-Enbergs, *Inoffizielle Mitarbeiter* (wie Anm. 36), S. 471–513.

38 Dieses und folgende Zitate aus der Richtlinie 2/79, in: ebd., S. 472.

deren Geschäft die permanente Suche nach „Feinden“, „Spionen“ und „Gespionen“ war. In den Akten der Stasi-Unterlagenbehörde begegnet uns ein spezifischer Sprachduktus, eine eindeutige Weltansicht von „Gut“ und „Böse“.³⁹ Dies ist vor dem Hintergrund des Kalten Krieges und der damit einhergehenden Frontstellung zweier gegnerischer Blöcke durchaus erklärbar. Dazu kommt, dass solche Niederschriften häufig genug auch das Bedürfnis einzelner MfS-Mitarbeiter dokumentieren, sich als besonders linientreu zu zeigen. Zugleich wurden Widersprüchlichkeiten in den Berichten vermieden, die den Protokollanten selbst zum Nachteil geraten konnten. So können sich in den Dokumenten auch Verfälschungen und Auslassungen ebenso wie Fehlinterpretationen und schlichtes Nichtwissen befinden. Die „Wirklichkeit“, die sich in den Berichten und Protokollen der Staatssicherheit niedergeschrieben findet, muss daher mehrfach hinterfragt werden.⁴⁰

Fragezeichen sind selbstverständlich auch bei der Nutzung von Interviews angebracht. Neben der Gefahr der Unzuverlässigkeit der Erinnerung stehen sie unter dem Generalverdacht, in ihnen könnte das eigene Handeln neu bewertet werden.⁴¹ Auch hier ist zu reflektieren, welche „Wahrheit“ Betroffene erzählen, was sie möglicherweise vergessen haben und welchen Wandel die Selbstwahrnehmung und das Gedächtnis der Einzelnen mit der Zeit vollzogen haben.⁴²

Aus forschungspragmatischer Sicht bietet sich das nachfolgende Vorgehen an: Die Akten im Archiv der Stasi-Unterlagenbehörde werden als eigener Korpus eines „Stasi-Gedächtnisses“ mit einem eigenen Wissensbestand betrachtet, zeigen die Unterlagen doch die Planungen und Schwerpunkte auf, anhand derer

39 Aus linguistischer Sicht siehe Bettina M. Bock, „Blindes“ Schreiben im Dienste der DDR-Staatssicherheit. Eine text- und diskurslinguistische Untersuchung von Texten der inoffiziellen Mitarbeiter, Bremen 2013.

40 Der Auseinandersetzung über die Zuverlässigkeit schriftlicher Hinterlassenschaften von Geheimdiensten widmete sich im Herbst 2016 eine Tagung, in deren Kontext eine Publikation derzeit vorbereitet wird. Siehe Thomas Großbölting/Sabine Kittel (Hg.), „Welche Wirklichkeit“ und wessen „Wahrheit“? Das Geheimdienstarchiv als Quelle und Medium der Wissensproduktion, Göttingen 2018 (im Druck).

41 Zur Problematik der Arbeit mit Erinnerungsinterviews siehe Sabine Kittel, Der Blick zurück zwischen Bedauern und Verdruss. Erinnerungen von Ostdeutschen an „ihre“ DDR, in: Thomas Großbölting/Rüdiger Schmidt (Hg.), Das Ende des Kommunismus. Die Überwindung der kommunistischen Diktaturen in Europa und ihre Folgen, Essen 2010, S. 43–60.

42 Siehe Sabine Kittel, Gedächtnis und „Post“-Gedächtnis. „Stasi“-Erzählungen zwischen Vergessen, Verschleierung und Erinnern, in: Thomas Großbölting/Christoph Lorke (Hg.), Deutschland seit 1990. Wege in die Vereinigungsgesellschaft, Stuttgart 2017, S. 97–116.

das MfS vorging.⁴³ Eine Gegenüberstellung dieser geheimdienstlichen Perspektive mit den Aussagen der Beteiligten kann helfen, die Vorgänge anhand übereinstimmender, ergänzender oder auch widersprüchlicher Darstellungen genauer zu verstehen.

3. Die Universität Münster und der Bibliothekar „Park“

3.1 Einblicke in die Akten der Staatssicherheit

Den Akten zufolge geriet „Park“ im Frühjahr 1973 ins Blickfeld der Staatssicherheit. Der damals 58-jährige war in zweiter Ehe verheiratet, die Kinder aus beiden Verbindungen lebten im gemeinsamen Haushalt. Seit einiger Zeit pflegte er einen regen Briefwechsel mit der DDR-Bürgerin S. in Leipzig.⁴⁴ „Durch gutes Verkleben konnte der Inhalt der Sendungen kaum eingesehen werden“, heißt es in einem Sachstandsbericht vom Januar 1974. Auffallend war sicherlich besonders, dass „die Briefe größtenteils an seine Arbeitsstelle geschickt wurden“ – die WWU Münster, wo er als Bibliothekar tätig war.⁴⁵ Aus den Akten der Leipziger Bezirksverwaltung für Staatssicherheit geht hervor, dass der „HW [Hinweisgeber] ‚Park‘“, so die erste Bezeichnung, seit einiger Zeit ein Verhältnis mit der verheirateten Briefpartnerin S. habe, „die sich scheiden lassen wollte“.⁴⁶

Wie durchdacht das Vertrauens- und Abhängigkeitsverhältnis zu den beiden Verliebten aufgebaut wurde, zeigen die Planungsprotokolle, in denen die bisherige Vorgehensweise erläutert wird. So bot ein Mitarbeiter der Staatssicherheit unter der fadenscheinigen Erklärung, ein besorgtes Parteimitglied zu sein, S. Unterstützung und Hilfe bei der Abwicklung ihrer Scheidung an. Diese zeigte sich dankbar, da sie sonst niemanden kannte, dem „sie dies anvertrauen konnte“. Das entstandene Vertrauensverhältnis zum „Helfer“ übertrug sich, wie erhofft,

43 Nach Aleida Assmann fungiert ein Archiv als „Speichergedächtnis“ der Gesellschaft, da hier Quellen, Objekte und Daten jenseits des ursprünglichen Gebrauchskontextes aufbewahrt sind – sie stellen gewissermaßen eine „Existenzverlängerung“ dar. Siehe dies., *Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik*, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2007, S. 54–58.

44 Diese und alle folgenden Angaben entstammen den vorliegenden Aktenbeständen zu „Park“ mit der Signatur BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 1743/91.

45 Sachstandsbericht vom 4.1.1974, ebd, Bd. I, Abschnitte A, B, Bl. 69.

46 Zur Geschichte von „Park“ siehe auch Sabine Kittel, *Jenseits von Zahlen. Überlegungen zur Staatssicherheit der DDR an Westuniversitäten*, in: *Deutschland Archiv*, 4.7.2014. Online verfügbar unter <<http://www.bpb.de/187440>> (7.3.2018).

auf den Münsteraner Freund. Der zuständige Mitarbeiter notierte stolz und mit psychologischer Einfühlung: „Da der ‚Park‘ über unsere Hilfe unterrichtet wurde, war es auch für ihn selbstverständlich, ein Gespräch mit uns zu führen, um sich selbst zu bedanken für die Unterstützung, seine ‚Konkurrenz‘ kennenzulernen und die letzte ‚Eifersucht‘ abzulegen, sich von SED-Mitgliedern ein Bild zu machen, die sich für andere Menschen einsetzen.“⁴⁷ Das erste Treffen fand im Dezember 1973 statt. In dieser fünfstündigen Begegnung wurden laut des Berichts „systematisch politische Gespräche geführt, um die Position des ‚Park‘ festzustellen“. Die Gespräche verliefen positiv und die aus dem Treffen abgeleiteten „Maßnahmen“ deuten an, dass sich sowohl die Staatssicherheit als auch „Park“ weitere Zusammenkünfte vorstellen konnten, dies sicherlich aus unterschiedlichen Gründen. „Den ‚Park‘ verbindet ein Liebesverhältnis in die DDR, wo er Möglichkeiten sucht, als BRD-Bürger noch günstigere Besuchsmöglichkeiten zu erhalten, um so oft wie möglich bei ihr zu sein, um ihr zu helfen,“ heißt es im Sachstandsbericht, und sodann: „Der ‚Park‘ verfügt über eine günstige gesellschaftliche Stellung für unsere Arbeit, hat wahrscheinlich zahlreiche Verbindungen, die operativ interessant sein können. [...] Der ‚Park‘ arbeitet schon viele Jahre im Objekt, kennt sich dort aus bzw. kann sich Kenntnisse verschaffen.“⁴⁸

Die Verpflichtung von „Park“ als „inoffizieller Mitarbeiter“ der Staatssicherheit datiert vom Mai 1974. Sie fand „auf der Grundlage der Übereinstimmung politischer Auffassungen zur Zusammenarbeit mit dem MfS statt“.⁴⁹ Eine unterschriebene sogenannte Verpflichtungserklärung liegt den Akten allerdings nicht bei.

„Park“ wurden unbeschränkte Einreisemöglichkeiten in die DDR zugesichert; auch der sonst obligatorische Mindestumtausch entfiel für ihn.⁵⁰ Von 1975 bis 1984 reiste er fast monatlich nach Leipzig. Jeder Wochenendbesuch war verbunden mit einer längeren geheimdienstlichen Zusammenkunft, bei der „Park“ Informationsmaterial übergab, Bericht erstattete und durch seinen Instrukteur

47 BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 1743/91, Band I, Abschnitte A, B, Sachstandsbericht vom 4.1.1974, Bl. 71.

48 Ebd., Bl. 78.

49 Sicherheitsanalyse Vorgang „Park“, 22.7.1986, ebd., Bl. 37. Eine von „Park“ unterschriebene Einverständniserklärung befindet sich in den vorhandenen Akten nicht.

50 Der Mindestumtausch, auch Zwangsaustausch genannt, galt für DDR-Besucher aus dem „nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet“. Im Jahr 1973 betrug er 20 DM, später wurde er auf 25 DM pro Tag erhöht.

ideologisch geschult, aber auch mit neuen Aufträgen betraut wurde. Die „persönliche Zuwendung“, die sein Führungsoffizier akribisch quittierte, betrug monatlich 250 DM, plus Reisespesen von jeweils 100 DM.⁵¹

„Park“ betrieb den Stasi-Unterlagen zufolge „Objektanalyse“ an der Universität Münster. Er besuchte mehrfach die Evangelische Studentengemeinde der WWU (ESG) und nahm dort Informationsmaterial mit; in verschiedenen Fachbereichen sammelte er Studentenzeitungen und Kommentierte Vorlesungsverzeichnisse ein. Auch „Regimematerial“, worunter das MfS etwa Flugblätter des AStA oder Unterschriftenlisten der Friedensbewegung verstand, wertete er für die Staatssicherheit aus: Er schrieb die Namen und Adressen des akademischen Personals auf den Unterschriftenlisten ab und erstellte nach Aufforderung die Lebensläufe dazu. Als Bibliothekar der WWU scheint er nicht weiter aufgefallen zu sein. Neben den Aufträgen an der Universität setzte ihn die Staatssicherheit auch zur „Aufklärung von Objekten und Personen“ ein, etwa indem er eine Lagebeschreibung des Innenministeriums in Düsseldorf, „Grundriss und äußere Beschreibung, Parkplatz des Objektes“, abgeben musste.⁵² In Münster und Bochum erkundete „Park“ im Frühjahr 1982 die Aussichten eines zu eröffnenden linken Buchladens durch die Staatssicherheit – nach Besuchen in mehreren Buchläden wurde diese Idee indes verworfen.⁵³

Im Auftragsbereich der „Personengruppenanalyse“ gab der Bibliothekar „Hinweise“ (HW) über Professoren und Studierende weiter. Bekannte und Verwandte verwickelte er in ideologische und gesellschaftskritische Gespräche, um „Perspektiv-IM“ zu „erarbeiten“. Im März 1977 protokollierte sein Führungsoffizier bereits, dass ein „Eindringen“ in Fachbereiche der Hochschule und in die ESG zwar „vorerst ohne Erfolg“ geblieben sei, allerdings habe „Park“ Hinweise auf drei P-IM (Perspektiv-IM) geliefert und weitere HW erarbeitet.⁵⁴ Gleichwohl setzten Staatssicherheit und „Park“ ihre Bemühungen fort, sodass er bald als „Werber“ galt. Summiert über das Jahr 1978, „tippte“ der Bibliothekar vierzig Personen, die er vor allem aus dem privaten wie beruflichen Umfeld kannte. Dreizehn als „interessant“ betrachtete Personen wurden von der Leipziger Bezirksverwaltung an die HV A „abgegeben“. Doch „getippt“ bedeutete nicht ge-

51 Diverse Quittungsbelege aus den Jahren 1975 bis 1984 finden sich in einem der oben genannten Ordner, dessen Bestand allerdings nicht vollständig erhalten ist. Ebd., Bl. 289–323.

52 Ebd., Band I, Abschnitte C, D, E, Bl. 33f.

53 Ebd., Band II, 3, S. 23f.

54 Analyse zum IM/OG, 25.11.1976, ebd., Band I, Abschnitte C, D, E, Bl. 23. Sachstand Arbeit IM „Park“, 20.3.1977, Bl. 25.

worben. In den Jahresarbeitsplänen der HV A der folgenden Zeit finden sich zwar einige dieser als vielversprechend befundenen Hinweise als „Operative Vorgänge im Objekt“ wieder, die Decknamen wie „Ass“, „Eibe“, „Buche“ trugen.⁵⁵ Eine Werbung wenigstens einer dieser Personen gelang aber nicht.

So passt auch die Bestandsaufnahme zur folgenden verklausulierten, in Sprachhülsen gepackten und kaum verständlichen, allgemeine Bilanz eines Jahresarbeitsberichts des MfS aus dem Jahr 1984: „Der Abschluß der Mehrzahl der Werbevorgänge aus der Basis, die als realer Vorlauf im Plan ausgewiesen waren, konnte noch nicht realisiert werden. In diesem wesentlichen Punkt des Arbeitsplanes ist die Erfüllung unbefriedigend.“⁵⁶ Ähnliches lässt sich für den Fall „Park“ konstatieren, denn trotz vielversprechender Hinweise konnten er bzw. der für den Bibliothekar zuständige Stasi-Instrukteur keine Erfolge vermelden. „Parks“ Informationen flossen auch nicht in die Ablage des „Objektvorgangs“ zur Universität Münster ein, hätten doch die als „steinalt“ disqualifizierten Niederschriften dadurch etwas aktualisiert werden können. So bleibt wohl vor allem die Tatsache übrig, dass die Staatssicherheit überhaupt an der Universität Fuß gefasst hatte. Dies wurde als ein Erfolg im Sinne der „Aufklärung des Feindes“ gedeutet.

Als „Park“ im Jahr 1984 in Rente ging, bot er das Haus seines verstorbenen Onkels als „Deckadresse“ für zwei „inoffizielle Mitarbeiter“ aus der DDR an; seine Freundin lebte noch immer in Leipzig. Bis Oktober 1989 nächtigten mehrfach die MfS-Mitarbeiter „Veit“ und „Marlene“ dort. Beide nutzten die Unterkunft auch als Postadresse. Im Jahr 2005 starb „Park“ mit 89 Jahren, ohne dass er juristisch belangt worden war. Seine langjährige Freundin war inzwischen seine Frau geworden.

3.2 Perspektivwechsel

Die Motive von „Park“ sind durch die Lektüre der Akte nachvollziehbar. Die Zusammenarbeit mit dem MfS ist sowohl aufgrund finanzieller und privater Motive, aber auch aus ideologischen Gründen erklärbar. Für „Park“ und seine Leipziger Freundin war das Arrangement perfekt; die Münsteraner Familie findet in den Berichten und Protokollen aus nachvollziehbaren Gründen sehr wenig

55 Z.B. BStU, MfS, BV Leipzig, Abt. XV 01783, Arbeitsplan für das Jahr 1978, 5.1.1978, Bl. 7.

56 BStU, BVfS Leipzig Abt. XV 01537, Jahresarbeitsbericht, Teil 1, 19.11.1984, Bl. 1.

Raum. Sie war für „Park“ wie auch für die Staatssicherheit nur hinsichtlich möglicher Dekonspiration oder allenfalls zur eventuellen Abschöpfung interessant. Moralische Fragen wurden schlichtweg nicht thematisiert.

Die Interviews, die ich mit Familienangehörigen aus dem Umfeld von „Park“ führen konnte, eröffnen besonders auf die familiäre Lebenswelt bezogene neue Perspektiven auf den Bibliothekar und dessen Alltagsaktivitäten.⁵⁷ Das Liebesverhältnis ihres Mannes zu S. in Leipzig etwa war für „Parks“ Ehefrau, nach deren Aussage, zwar eine Belastung, doch war das aggressive Verhalten des Gatten und Vaters ein größeres Problem. Die Töchter verspürten regelrechte Erleichterung, wenn er über das Wochenende wegfuhr, das Auto vollgepackt mit „Westwaren“, die er den Freunden in Leipzig versprochen hatte, erinnert sich die Jüngste. Aber häufig genug kam der Vater aus Leipzig in extrem schlechter Stimmung zurück. Seine Münsteraner Familie bezeichnete er als Ballast, der ihn unfrei mache. Finanzielle Zuwendungen für die in Ausbildung befindlichen Kinder reduzierte er auf das Minimum, folglich drehten sich viele Familienstreits um Geld. „Parks“ damalige Ehefrau erzählt im Interview von der zunehmenden körperlichen Gewalt in der Familie, die etwa ab 1975 damit beendet werden konnte, dass sie ihren Mann aus dem gemeinsamen Schlafzimmer verwies. Er lebte fortan im Kellergeschoss; das Leben fand nun getrennt von ihm und in Ruhe statt. „Aber er hat immer versucht, die Macht zu halten. [...] Er war ein Machtmensch“, so seine damalige Frau einschränkend. Als ihr Mann ab 1979 zu allen Feiertagen in die DDR fuhr – auch in ihrer Erinnerung war das Auto meist mit Baumaterial und Küchenutensilien gefüllt –, war auch sie erleichtert, denn „Weihnachten und so, wir waren immer froh, wenn er weg war, dann hatten wir ein besseres Leben“.⁵⁸ Dass er aber in irgendeiner Weise das System der DDR gelobt hätte, „das kann man wirklich nicht sagen“, fasst sie ratlos zusammen.

Die Stasi-Kontakte von „Park“ schlagen mit den Schilderungen der Angehörigen eine dezidiert familienzentrierte Richtung ein. Damalige Probleme konnten die Betroffenen Jahrzehnte später gewissermaßen kompensieren, indem sie „ihre“ Wahrheit in die Geschichte einbrachten. Als ein Zeitungsbericht im Rahmen des Forschungsprojektes den Vater bzw. ehemaligen Ehemann als „inoffiziellen Mitarbeiter“ der Staatssicherheit beschrieb, waren es die Töchter, die den Kontakt mit mir aufnahmen: Die moralische Schuld des Bibliothekars wie auch seine allgemeine Bosheit konnte durch diese „Entlarvung“ verbrieft werden.

57 Insgesamt wurden Erinnerungsinterviews mit einer Tochter, der geschiedenen Ehefrau sowie der späteren Ehefrau geführt.

58 Interview mit Frau E., 16.5.2017, Transkription, S. 16f.

„Parks“ spätere Ehefrau S. hingegen schildert im Interview besonders dessen „bescheidenes und kultiviertes“ Wesen sowie die Großzügigkeit, die der Münsteraner bei seinen Leipziger Besuchen zeigte. S. deutet zudem an, dass die Schwierigkeiten ihrer Scheidung womöglich von staatlicher Seite arrangiert worden waren, um sie nach jedem Hilfsangebot greifen zu lassen. Die Verzweiflung habe sie zu einem willigen Opfer und ihn zu einem Helfer der Staatssicherheit gemacht, so die Erklärung. „Parks“ ironische Kommentare, er müsse sich mal kurz „bei denen melden“, hat sie noch gut in Erinnerung, „die machen mir das und da brauche ich nicht den Umtausch zu bezahlen“, war damals seine Bemerkung.⁵⁹ Auch schildert S., wie wenig ernst ihr Freund die Ehrungen der Staatssicherheit nahm, etwa als er anlässlich seines 70. Geburtstags eine Medaille (und Gratifikationen) erhielt: „Wenn ich mal sterbe, will ich aber, dass das einer da hinterher hinterm Sarg herträgt“, kommentierte er seinerzeit offenbar scherzhaft.⁶⁰ Dass er Geld für seine Dienste von der Staatssicherheit erhielt, ist S. im Interview nicht erinnerlich: „Wenn der einen Umschlag gekriegt hat, so weiß ich das nicht, ich denke, [...] die [...] hätten doch, wenn er nicht wollte, sofort sagen können: ‚ja gut, Sie kriegen kein Visum‘“; und das zusätzliche Geld habe er sicherlich auch für die Reisen nach Leipzig verbraucht.⁶¹ So rückt S., wenig überraschend, die für sie positiven Seiten des Bibliothekars ins Zentrum ihrer Erzählung. Ihr Bestreben, die damaligen Ereignisse vor allem als familiäre Besonderheit zu erzählen, ist mehr als nachvollziehbar – zumal sie mit niemandem über die Ereignisse jener Zeit sprechen konnte und daher auch nie gesprochen hat. Das Interview kam der Beichte einer heimlich Verliebten nah. Die Erzählung kann zudem als Versuch interpretiert werden, neben der persönlichen Aussprache auch eine moralische Abwägung des damaligen Handelns in Gang zu setzen – in diesem Falle stand das Bedürfnis dahinter, sich mit der „vergifteten“ Stasi-Erinnerung auszusöhnen.⁶²

Insgesamt betrachtet ergänzen beide Quellengruppen – die Stasi-Unterlagen wie die Interviews – das Bild der Vorgänge in den 1970er und -80er Jahren gut. Die regelmäßigen Reisen fanden statt, Material und Informationen wurden weitergegeben und auch finanzielle Zuwendungen waren angenommen worden, sie kamen zumindest der Leipziger Freundin zugute. Darüber hinaus lassen die Er-

59 Interview mit Frau S., 16.3.2017, Transkription S. 7f.

60 Ebd., S. 10.

61 Ebd., S. 11.

62 Zum „vergifteten“ Gedächtnis siehe Kittel, Gedächtnis und „Post“-Gedächtnis (wie Anm. 20).

zählungen der Beteiligten aber auch die Schwachstellen der Stasi-Niederschriften erkennen. In den Unterlagen ist beispielsweise wenig erkennbar, wie „Park“ seine Aufträge konkret zurückmeldete: Wie kämpferisch war seine Sprach- und Ausdrucksweise, welches Vorgehen wählte er bei Gesprächen mit potenziellen neuen Kontakten, wie zuverlässig war sein Aktivismus? Offen bleibt auch, ob seine Darstellungen gegenüber seinem Führungsoffizier der Wahrheit entsprachen; ebenso wenig ist klar geworden, welche Dialoge zwischen den beiden tatsächlich stattfanden. Als „Machtmensch“ oder als „kultivierter“ Mensch hat er in den unterschiedlichen Zusammenhängen wohl eine jeweils andere Rolle eingenommen. Inwiefern er den Anweisungen der Staatssicherheit tatsächlich folgte, bleibt unklar, zumal negative Nachrichten wohl auch nur begrenzt offen protokolliert worden wären.

Die Analyse der Akten wie auch des Interviewmaterials lässt allerdings, trotz detaillierter Niederschriften sowie Belegen von Auszahlungen und Auszeichnungen und den Hinweisen der Beteiligten, nicht nachvollziehen, wie effektiv „Parks“ Einsatz für die Staatssicherheit in der WWU und in Münster war. Blieb demnach das Wissen über die Studierendenstadt trotz oder wegen „Park“ auch bis zum Ende der DDR „steinalt“? Anhand des zweiten Münsteraner Falls, „Thomas“, können weitere Fragen in diese Richtung diskutiert werden.

4. Der Universitäts-Mitarbeiter „Thomas“

4.1 Einblicke in die Akten der Staatssicherheit

„Thomas“ war im Gegensatz zu „Park“ Wissenschaftler an der Universität, als er im Juli 1968 von einem Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit angesprochen wurde. Er weilte auf Familienbesuch in Leipzig, wo sein Bruder und seine Eltern lebten; er selbst war kurz vor dem Mauerbau aus der DDR geflohen. Mit einer „operativen Legende“, also unter der falschen Behauptung, ein „Mitarbeiter des MdI, Abteilung Inneres“ zu sein, so das Protokoll der Begegnung, kam „Gen.[osse] Hauptmann B. in Auerbachs Keller“ mit dem 28-jährigen ins Gespräch. Wie nachzulesen, nahmen die Stasi-Mitarbeiter erfreut zu Kenntnis, dass sie einen Dozenten der Universität Münster und einer katholischen Bildungseinrichtung angesprochen hatten, der zudem eine „äußerst progressive Haltung zu unserem Staat“ hatte – auch, dass „Thomas“ sich zu einem weiteren

Gespräch bereiterklärte, heben sie im Protokoll hervor.⁶³ Fünf Jahre verstrichen, erst im März 1973 nahmen Mitarbeiter der Staatssicherheit erneut den Kontakt mit „Thomas“ anlässlich eines Familienbesuchs auf – hatte die Staatssicherheit die Übersicht über ihre potenziellen Kontakte im „Operationsgebiet“ verloren oder lange im Auge behalten? Anlass dieser neuen Annäherung, so die Akte, war ein „Hinweis, daß ‚Thomas‘ als Mitglied des pax-christi-Präsidiums in der BRD die Arbeitsgruppe für Ostkontakte leitet und in dieser Eigenschaft als Vertreter der BRD in die Kommission für Ostkontakte beim Internationalen pax-christi-Präsidium delegiert wurde“.⁶⁴ Erneut zeigte sich der junge Wissenschaftler für Gespräche und Treffen offen. Er hatte inzwischen in der Theologie promoviert und eine Akademische Ratsstelle an der WWU Münster angetreten. Eine handschriftliche Notiz auf einem Dokument lässt erahnen, dass die universitäre Seite des Wissenschaftlers interessant war: „In M. arbeitet eine KSG-Gruppe ‚Ostkreuz‘, kann ‚Th‘ etwas dazu sagen“, steht als Bemerkung da.⁶⁵ Die Antwort fehlt in den Unterlagen.

Auf die Unterhaltung im Auerbachs Keller folgten regelmäßige „Treffs“ mit den vorgeblichen Mitarbeitern des Innenministeriums. Sobald „Thomas“ zur Leipziger Messe anreisen wollte oder wenn er auf Durchreise in die Tschechoslowakei war, so wurde verabredet, würde „Thomas“ sein Kommen mit verschlüsselten schriftlichen Nachrichten bei der Deckadresse DA „Glocke“ ankündigen, was auch, wie mehrere Postkarten in den Akten zeigen, mehrfach so geschah. Eine telefonische Kontaktaufnahme mit der Losung „Ich möchte für Herrn Peters Literatur abholen“ wurde vereinbart. Zugeständnisse seitens des MfS bestanden in der Lockerung der Reisevorschriften, die sich „Thomas“ offenbar erbeten hatte: „Wenn er die Transitgenehmigung auf eine Übernachtung in der DDR erweitert bekäme, bestände die Möglichkeit für ein Gespräch“, so die Notiz des Instrukteurs.⁶⁶ Auf den folgenden Treffen erzählte „Thomas“, so geht aus den Akten hervor, über die pax-christi-Bewegung, das Max-Kolbe-Werk, das Verhältnis der Friedensbewegung zur DDR und zu Osteuropa. Schon am 21. Mai 1974, etwas mehr als ein Jahr später, wurde der „Beschluss“ über das Anlegen einer „IM-Vorlaufakte ‚Thomas‘“ mit der IM-Kategorie „IMF“ notiert.⁶⁷ Als der

63 BStU, MfS, AIM 3713/85 Bd. I, Bericht vom 8.9.1968, Bl. 20.

64 Ebd., Zusammenfassung, o.D., Bl. 51.

65 Ebd.

66 Ebd., Bl. 53.

67 Ebd., Beschluss vom 21.5.1974, Bl. 83–85. „IMF“ bedeutet „inoffizieller Mitarbeiter der Abwehr mit Feindverbindung“, siehe Abkürzungsverzeichnis. Häufig verwendete

Münsteraner Wissenschaftler zu einem Treffen einen Kollegen von pax christi mitbrachte, reagierten die beiden Stasi-Mitarbeiter mit Irritation, aber die Vorsicht wurde bald hintangestellt. Der Vorschlag der Werbung des Theologen als „inoffizieller Mitarbeiter“ erfolgt am 1. Oktober 1975. Ein ausführlicher „Auskunftsbericht“ lässt das primäre Interesse an „Thomas“ erkennen, nicht universitäre Belange, sondern seine kirchlichen und internationalen Kontakte stehen dort im Zentrum. Gerade die Zuordnung des Informationsgebers in die Dienst-einheit XX/4, die kirchliche Informationen aus dem „Operationsgebiet“ sammelte und bearbeitete, deutet an, dass er vor allem aufgrund seiner Verbindung zu pax christi interessant war.⁶⁸ Tatsächlich sprach „Thomas“ zwar ab und zu auch über alltagspolitische Fragen wie den aktuellen Wahlkampf in der Bundesrepublik, er berichtete aber vor allem über Themen wie das Verhältnis „DDR – Vatikan“, die Katholische Bischofskonferenz oder über die Interessen von pax christi in Polen. Ab und zu übergab der Theologe auch schriftliche Unterlagen, die Konferenzen oder Zusammenfassungen von Versammlungsprotokollen von pax christi betrafen. Die Informationen wurden „durch Vergleichsarbeit bestätigt“, so ein Vermerk, der die Wertigkeit der Berichte einschätzte.⁶⁹ Damit war „Thomas“ als zuverlässiger Informant ausgewiesen.

Der Wissenschaftler erhielt kleinere „Gastgeschenke“ und Reise-Zugeständnisse, nie aber Geld. Häufig kam er aus Münster alleine oder mit seiner Frau und den Kindern nach Leipzig, um seine Eltern zu besuchen. Diese Besuche wurden akribisch dokumentiert, etwa die Freude der Familie bei den Überraschungsbesuchen im Wochenendhäuschen: „Thomas“ brachte Bier und Bratwürstchen mit und sie grillten im Garten. Die Akte enthält Fotos vom Münsteraner Wohnhaus sowie einen gezeichneten Grundriss und Fotografien des Gartenhäuschens.

Am 20. März 1976 fand laut Unterlagen „auf der Grundlage des bestätigten Vorschlages zur Werbung“ das Werbungsgespräch statt und „Thomas“ wurde als „IMF“ eingestuft.⁷⁰ Der Umschlag mit der Aufschrift „Verpflichtungserklärung“ in der Akte ist allerdings leer. Doch seit dieser optimistischen Notiz scheinen sich die Treffen und damit auch die Gespräche reduziert zu haben: „Im Zusam-

Abkürzungen und Begriffe des Ministeriums für Staatssicherheit, hg. vom Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 2007, S.43.

68 BStU, MfS, AIM 3713/85 Bd. I, Vorschlag vom 1.10.1975, Bl. 146–156. Die für die Bearbeitung des Vorgangs zuständige Hauptabteilung XX/4 war für die Überwachung der kirchlichen Angelegenheiten verantwortlich.

69 BStU, MfS, AIM 3713/85, Bd II, Berichte, o.D., Bl. 1–7.

70 Ebd., Bd. I, Bericht vom 19.4.1976, Bl. 198–205.

menhang mit den politischen Tagesereignissen und dabei entstandenen Situationen bei der Gestaltung der politischen Verträge zwischen der DDR und der BRD reiste der IM 1977 nicht zu den Treffs in die DDR ein“, kommentiert sein Bearbeiter im Januar 1978, „entsprechend der gegebenen Verhaltenslinie hat er auch nicht von der ihm übergebenen Deckadresse Gebrauch gemacht.“⁷¹ Im Sommer 1980 sollte der „IMF“ daher in den Status „IMB“ gestuft werden,⁷² vielleicht als Reaktion darauf, dass die Berichtsaktivitäten seit einiger Zeit ins Stocken geraten waren.⁷³ Bald schließt die Notiz an, „Thomas“ habe um eine Pause gebeten, da er sich auf die Doktorarbeit (tatsächlich die Habilitation, S.K.) vorbereite – allerdings ohne Vermerk, auf welche Weise diese Nachricht an die Staatssicherheit gelangt war. Seit 1982 bestand, wie säuberlich notiert wurde, kein Kontakt mehr. Im Februar 1985 folgte der Beschluss zur Archivierung, da „keine op. Perspektive“ mehr bestehe. In die DDR reise „Thomas“ weiterhin, notierten die Stasi-Mitarbeiter genauestens, doch finden sich hierzu in den Akten keine weiteren Informationen oder Kommentare. Die Mitarbeiter der Staatssicherheit schienen das Ende der Zusammenarbeit akzeptiert zu haben.⁷⁴

4.2 Perspektivwechsel

Die Informationen aus der Personenakte über „Thomas“ hinterlassen einige Fragen. Die für die Betreuung des Forschungsprojektes zuständige Sachbearbeiterin in der Stasi-Unterlagenbehörde deutet an, dass basierend auf ihren Erfahrungen „Thomas“ trotz fehlender Verpflichtungserklärung im Auftrag des MfS aktiv gewesen sein könnte. Hinweise darauf könnten die regelmäßigen Treffen mit der Staatssicherheit sein sowie das „konspirative Verhalten“ bei der Kontaktaufnahme, etwa die Nutzung der Deckadresse. Auch die Treffen, die mit geheimdienstlicher Absicherung vollzogenen wurden, und die (kleinen) Zugeständnisse, die er erhielt, lassen auf bewusste Stasi-Mitarbeit und -Zuarbeit schließen. Allerdings gilt „Thomas“ nach dem Stasi-Unterlagen-Gesetz keinesfalls als „IM“, denn die konspirativen Zusammentreffen fanden „unter falscher Flagge“ statt, hatten sich die Stasi-Mitarbeiter doch offiziell als Mitarbeiter des Innenministeriums vorgestellt. Nach Paragraph 6 des StUG/Begriffsbestimmungen gilt: „Inoffizielle Mitarbeiter sind Personen, die sich zur Lieferung von Informationen

71 BStU, MfS, AIM 3713/85, Bd I, Bl. 213.

72 „IMB“ bedeutet „inoffizieller Mitarbeiter der Abwehr mit Feindverbindung“ bzw. „zur unmittelbaren Bearbeitung“, siehe Abkürzungsverzeichnis (wie Anm. 67), S. 43.

73 BStU MfS AIM 3713/85 Bd. I, Einschätzung vom 27.6.1980, Bl. 225.

74 Ebd., Vorschlag und Beschluss über Archivierung vom 8.2.1985, Bl. 241–243.

an den Staatssicherheitsdienst bereiterklärt haben.“⁷⁵ Objektiv betrachtet sowie nach Aktenlage sprach „Thomas“ jedoch mit einem Mitarbeiter des Innenministeriums; der Umschlag der Verpflichtungserklärung ist ebenfalls leer gewesen. Daher ist die Akte „Thomas“ aus datenschutzrechtlichen Gründen und zur Wahrung der Persönlichkeitsrechte des Betroffenen nur eingeschränkt für die Forschung nutzbar.

4.3 Ein erneuter Perspektivwechsel

Die Bitte um ein Interview mit dem Betroffenen beantwortete der inzwischen emeritierte Professor rasch und positiv.⁷⁶ Der Theologe brachte zum Interview sogar „seine“ Stasi-Akte mit. Es handelte sich um Kopien aus der BStU, die er 2014 erhalten hatte. Bereits im Jahr 2008 war er in der Zeitschrift der deutschen Sektion von pax christi über seine Kontakte zur Staatssicherheit ausführlich befragt worden. Auch diesen Beitrag hatte er beim Treffen dabei.

Seine Erzählung orientierte sich an den Informationen der mitgebrachten Stasi-Unterlagen, die er vor sich liegen hatte. Bald stellte sich heraus, dass der Professor sich kaum mehr an konkrete Treffen, Gespräche, Themen oder an Informationsübergaben erinnerte. Trotz des ihm offensichtlich bekannten (Stasi-) Materials schilderte der Zeitzeuge seine ganz eigene Variante der damaligen Vorgänge. Dass sein Gegenüber von der Staatssicherheit war, sei ihm damals natürlich bekannt gewesen, so der erste Kommentar. „In enger Absprache mit [dem] Vizepräsident[en] und Generalsekretär“ von pax christi habe er den Kontakt mit den Mitarbeitern gehalten, war seine Erläuterung. Meine Bitte um Beschreibung eines der Treffen mit der Staatssicherheit hinterließ allerdings ein Fragezeichen. „Also an [...] Peter Peters, wie er sich nannte, hab' ich meines Wissens nie Material übergeben. Ich habe eher die andere Schiene noch gefahren. Beispielsweise habe ich ein Heft erstellt, zur [überlegt] Beratung von Bausoldaten, [...] wenn jemand Wehrdienstverweigerung machen wollte. [...] Das ich dann in die DDR gebracht habe, dazu habe ich diese Kontakte benutzt.“⁷⁷ Er sei auf der Transitstrecke bei Dessau einfach abgefahren und habe die „alten Eltern besucht“, lässt der Theologe doppeldeutig wissen. Im Gartenhäuschen der Eltern habe er dann Broschüren für Kriegsdienstverweigerer in der DDR deponiert, die

75 Online verfügbar unter <http://www.bstu.bund.de/DE/BundesbeauftragterUndBehoerde/Rechtsgrundlagen/StUG/stug_node.html;jsessionid=30B94AAEB54808A85B2F2A6747FB5F45.2_cid354#doc2884218bodyText8> (7.3.2018).

76 Das Interview mit „Thomas“ fand am 11.12.2015 statt.

77 Interview mit „Thomas“, Transkription S. 3.

später ein Bekannter holte und verteilte. „Es war etwas auch abenteuerlich und wir haben, [der] L. und ich zum Beispiel, [...] wir haben tausende von Büchern in die DDR gebracht“.⁷⁸ Diese Arbeit sei gerade durch die vorgeschobene Bereitschaft, mit der Staatssicherheit zusammenzuarbeiten, möglich gewesen, so der Erzähler stolz.

Natürlich habe er mit seinen Berichten niemandem geschadet, sondern Schaden abgewehrt, erwähnt er beruhigend im Interview. Dass „Thomas“ „[n]iemandem geschadet“ habe, resümiert im Übrigen auch der Autor des Artikels in der pax-christi-Zeitung, der die Stasi-Akte des Professors analysiert hatte.⁷⁹ Moralische Erwägungen rücken somit auch hier vor allem bei denjenigen ins Zentrum, die auf die damalige Zeit zurückblicken.

Die verschiedenen Versionen rund um den „Fall“ „Thomas“ provozieren eine Reihe von grundlegenden Fragen: Welches Gedächtnis ist zuverlässiger, das des Stasi-Archivs mit seinen zeitnah verfassten Protokollen und Berichten, oder die biografische Erinnerung des Zeitzeugen? Und wie ordnet sich das Stasi-Untergangsgesetz hierbei ein? Wer hat hier von wem profitiert? Versuchte pax christi und damit „Thomas“, über die Staatssicherheit den Informationsfluss zur SED zu erleichtern, erhoffte sich die bundesdeutsche Sektion eine Gedankenwende und -öffnung für die Mitglieder von pax christi in der DDR und den osteuropäischen Ländern?

Das Interview könnte auch die damaligen Vorgänge in neuem Lichte erscheinen lassen. Denn dass die Staatssicherheit tatsächlich nur jene Ereignisse zu notieren vermochte, die sie beobachtet hatte, steht außer Frage. Sollte es „Thomas“ wirklich gelungen sein, an seinen Beobachtern vorbei Broschüren über Kriegsdienstverweigerung in die DDR zu schmuggeln, wäre es aus Unwissenheit auch nicht aufgeschrieben worden; ein Erfolg für die Friedensbewegung. Plausibel wäre aber auch eine weitere Variante: Manche der Beobachter könnten bei den klandestinen Aktivitäten des „Thomas“ ein Auge zugeedrückt haben. Denn unliebsame Vorkommnisse würden sich möglicherweise negativ auf die „Überbringer der Botschaft“, auf die Führungsoffiziere oder gar die Bewertung der Arbeit in der Abteilung auswirken. Die positiven Ergebnisse in den Berichten über die Treffen und die von den Instruktoren protokollierten Erfolge wurden in jedem Fall durch die persönlichen Einsprüche des „Professors“ mindestens in Teilen auf den Kopf gestellt.

78 Ebd., Transkription S. 4.

79 Bericht über eine Akteneinsicht, Joachim Garstecki, in: pax christi (pax zeit.) 50 (1998), H. 3/4, S. 22f.

5. Fazit

Die Münsteraner Beispiele zeigen, wie sich Kontaktaufnahme, Austausch und Beziehungsverlauf im Sinne der Staatssicherheit ab 1972 bis Mitte der 1980er Jahre schematisch vollzogen. Auch konnten auf Basis der MfS-Quellen Ziele und gesellschaftliche Bereiche in Münster sowie darüber hinaus nachgezeichnet werden, für die sich die Staatssicherheit interessierte: Dies waren vor allem universitäre und studentische Belange sowie Einblicke in den Alltag der Stadt der Studierenden; sogar über die Grenzen Münsters hinaus holte „Park“ Auskünfte ein. Die Staatssicherheit fragte auch gezielt Informationen über Einrichtungen christlicher Studierender ab wie auch Aktivitäten und Denkweisen von pax christi sowie weiterer christlicher Institutionen des Westens, deren Ost-Kooperationen interessierten. Infiltrierung, Informationsabschöpfung und sogar die Werbung von Kandidaten waren der Staatssicherheit also gemäß der „Hauptaufgaben“ der HV A für die „Aufklärung im feindlichen Ausland“ in Münster gelungen. Sie hatte nun Kenntnisse über Debatten, politische Strömungen, einzelne Aktivisten bzw. Aktivistinnen im breiteren Umfeld der WWU sowie in der Umgebung von pax christi. Gleichwohl gelang all dies, ohne weiter in die Diskussionen vorzudringen, geschweige denn, diese zu beeinflussen.

Die weitergegebenen Informationen waren, soweit ersichtlich, wenig spektakulär. Einzig die Abschrift der Unterschriftenlisten und die Erstellung von Personendossiers zu einzelnen Professoren der WWU Münster könnten problematische Konsequenzen nach sich gezogen haben. Die Recherche in der Stasi-Unterlagenbehörde blieb hierzu aber ohne weitere Hinweise. Vermutlich beschränkte sich die Staatssicherheit (vorerst?) vor allem auf das Sammeln von Namen und politischen Positionen.

Das im Jahr 1977 formulierte Ziel, über „Stützpunkt-IM“ die Kontakte zu einem „perspektivenreichen Personenkreis“ durchdacht auszubauen, konnte somit an der Universität Münster letztlich nicht erreicht werden. Studierende, die in den 1970er Jahren in politischen Gremien an der Universität aktiv und in späteren Jahren in Politik oder Wirtschaft erfolgreich waren, wurden nicht geworben, ebenso wenig andere Personen.⁸⁰ „Parks“ Werbungsversuche verliefen allesamt im Sande. Die Abwägung der verschiedenen Quellen lässt ahnen,

80 Damals studierten in Münster Rechtswissenschaften: Christoph Strässer, Vorsitzender des liberalen Hochschulverbandes, er gehörte später zu den Erstunterzeichnern des Krefelder Appells 1980, ebenfalls war damals Ingrid Matthäus(-Maier) in der Studentengruppe der Humanistischen Studentenunion aktiv, sie war später im Bundestag sowie als Ministerin tätig, Ruprecht Polenz war seinerzeit Landesvorsitzender

dass der als „Werber“ registrierte Bibliothekar zwar emsig seine Aufträge erfüllte, sich jedoch vor allem daran orientierte, seinen Führungsoffizier zufrieden zu stellen. „Thomas“ Bereitschaft zu regelmäßigen Treffen mit der Staatssicherheit (oder mit dem Innenministerium) hinterlässt ebenfalls einen eher schwachen Eindruck, zumal alle weitergegebenen Informationen öffentlich zugänglichen Quellen entstammten bzw. möglicherweise vom Präsidium von pax christi gezielt abgegeben worden waren.

Und sowohl für „Park“ als auch „Thomas“ galt: War der Eigennutz weg, nahm auch die Motivation deutlich ab. Dies sollte sich auch auf die Niederschriften der MfS-Mitarbeiter niederschlagen. Denn wurden die Ergebnisse mager, wirkte sich dies auf die Bewertung der geleisteten Arbeit auch innerhalb der Staatssicherheit aus. Dass mancher Bericht deshalb nachträglich aufgewertet und verschiedentlich Probleme verschleiert bzw. durch schematische Formalsprache unsichtbar gemacht wurden, könnte daher auch für die beiden Fallbeispiele zutreffen.

Der Einsatz der beiden Informationsgeber kann trotz dieser als gering bewerteten Erträge für die Staatssicherheit als in Teilen effektiv bezeichnet werden. Zwar waren die Werbungsversuche an der Universität permanent im Stadium der Suche und Rekrutierung stecken geblieben, doch hatte die Staatssicherheit fast durchgängig die Möglichkeit eines weiteren gezielten Zugriffs und gegebenenfalls vergleichenden Einblicks in die Institution „Universität“. In gewissem Maße gilt dies auch für pax christi Deutschland. Andererseits zeigt sich deutlich, dass es an geeigneten Mitarbeitern „vor Ort“ mangelte. Die beiden „Angeworbenen“ waren trotz permanenter Schulung nicht willig oder fähig, „relevante Informationen“ bzw. „Erfolge“ zu liefern. So lässt auch die Langzeitbeobachtung der „Westarbeit an Universitäten“ einen interessanten Trend erkennen, der dem eingangs vorgestellten Kalkül der drei Forscher Reinhold, Elisath und Hartenstein gänzlich entgegenläuft. Im Verlauf der fünfundzwanzig bis dreißig Jahre MfS-Westspionage zeichnet sich eine Negativentwicklung ab: Das Engagement der Spione nahm beständig ab, einige von ihnen erreichten das Rentenalter und verloren den Zugang zu den Informationen. Mehrere Informanten starben oder zogen sich aktiv zurück. Die notwendige Werbung weiterer „Kandidaten“ blieb ab den 1980er Jahren nahezu ohne Erfolg – dem MfS gingen bald die Spione aus,

des Rings Christlich-Demokratischer Studenten. Die Beschreibung der Staatssicherheit, Münster sei eine „Kaderschmiede des Kapitalismus“ erscheint angesichts dieser Namen passend.

wie auch die Studie von Gieseke und Bahr belegt.⁸¹ Insgesamt betrachtet lässt sich daher festhalten, dass die DDR-Spionage im „Operationsgebiet“ längerfristig und ohne einen grundlegenden Strategiewechsel der Methodik wohl im Sande verlaufen wäre.

War für die Staatssicherheit tatsächlich bereits die universitäre Infiltrierung ein Erfolg? Oder waren die vielen kleinen Mosaiksteinchen möglicherweise der Weg, ein großes Ganzes zu infiltrieren und damit die Hochschulen zu unterwandern, wie es als „Hauptaufgabe“ formuliert war? Vor dem Hintergrund der umrissenen Fallbeispiele lässt sich zumindest für die Universität Münster behaupten, dass das „Wissen“ der Staatssicherheit vor allem in der Aktenwelt des Geheimdienstes zur „Wirklichkeit“ wurde.

81 Gieseke/Bahr, Staatssicherheit und die Grünen (wie Anm. 4).